

Auch Parlament kann Notrecht erlassen

National- und Ständerat halten ausserordentliche Session Anfang Mai auf Berner Messegelände ab

CHRISTOF FORSTER, BERN

Das Parlament hat eine vorübergehende Bleibe gefunden. Es wird die ausserordentliche Session in der Woche vom 4. Mai auf dem Messegelände der Bernexpo abhalten. Um dieses Datum öffnet sonst die Frühlingsmesse BEA ihre Tore. Statt Tiershows, Riesenrad und Gewerbestände gibt es nun Parlamentsdebatten über das Coronavirus und seine Auswirkungen. Der Standort erlaube es, die Verhaltens- und Hygienevorschriften des Bundesamts für Gesundheit einzuhalten, sagte Nationalratspräsidentin Isabelle Moret (fdp., Waadt) am Donnerstag vor den Medien. Noch offen ist, ob ein elektronisches Abstimmungssystem wie im Bundeshaus installiert werden kann. Damit würde sich die Sitzungsdauer verkürzen. Eine Abstimmung per Namensaufruf dauert laut Moret rund 20 Minuten.

Breite Diskussion verlangt

Es war der Bundesrat, der eine Session verlangt hatte. Er muss nämlich die dringlichen Kredite nachträglich dem Parlament zur Genehmigung vorlegen. Doch einer Gruppe von Ständeräten um Pirmin Bischof (Solothurn, cvp.) ging dies zu wenig weit. Neben Bischof haben sich Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhoden, fdp.) und Daniel Jositsch (Zürich, sp.) in den vergangenen Tagen dafür eingesetzt, dass das Parlament über alle Themen, die einen Bezug zur Corona-Krise haben, diskutieren kann. Ihren Antrag auf Einberufung des Parlaments haben insgesamt 32 Ständeräte von SP bis SVP unterschrieben.

Auch in einer Notlage habe das Parlament eine wichtige Rolle zu spielen, sagt Bischof. Er verweist auf die Bundesverfassung, die nicht nur dem Bundesrat, sondern auch dem Parlament ermögliche, Notverordnungen zu machen – und zwar zu den gleichen Themen. Das Einfordern dieses Rechts versteht der CVP-Ständerat nicht als Kritik am Krisenmanagement des Bundesrats. Es gehe ihm vielmehr um grundlegende Fragen wie die Gewaltenteilung. Bischof verweist auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als der Bundesrat erst sieben Jahre nach Kriegsende durch eine Volksinitiative gezwungen wurde, sein Vollmachtenregime zu beenden.

Auch Ständeratspräsident Stöckli verwies auf die verfassungsmässige



Für die Corona-Session der Räte ist ein Umzug nötig – so können die Bundesvorschriften eingehalten werden. ANTHONY ANEX / KEYSTONE

Kompetenz, die es dem Parlament erlaubt, in ausserordentlichen Lagen mittels Verordnungen Massnahmen zur Wahrung der inneren oder äusseren Sicherheit zu ergreifen. Dafür ist keine gesetzliche Grundlage notwendig. Falls sich die Notverordnungen von Parlament und Bundesrat widersprüchen, hätte jene des Parlaments Vorrang. Das Parlament sei nämlich nach dem Volk die wichtigste Instanz in der Schweiz, sagte Stöckli. Zudem sei diese Vorrangstellung des Parlaments in der Wissenschaft einhellig anerkannt und werde auch vom Bundesrat nicht bestritten.

Stöckli betonte, die Büros von National- und Ständerat seien mit dem Bundesrat zufrieden. Er habe die Aufgaben bisher gut gelöst. Es sei aber wichtig, dass das Parlament auch in ausserordentlichen Lagen seine Aufgabe wahrnehmen könne. Es soll sich also nicht darauf beschränken, nur die Finanzanträge der Regierung zu behandeln. Das Parlament werde prüfen, ob die Mass-

nahmen des Bundesrats im Kampf gegen das Coronavirus sinnvoll und richtig seien, sagte Stöckli. Konkrete Pläne für eigene Notverordnungen gebe es derzeit nicht. Möglich wäre zum Beispiel, dass die Räte Branchen unterstützen, an die der Bundesrat nicht gedacht hat.

Keine «Corona-Kommission»

Damit das Parlament an der Sondersession im Mai überhaupt über Entwürfe für Notverordnungen diskutieren kann, müssen zuerst die Kommissionen tagen. Sie stellen entsprechende Anträge an das Plenum. Seit dem Abbruch der Session gab es keine Sitzungen von Fachkommissionen mehr. Nun sollen in den kommenden zwei Wochen die Finanz-, die Gesundheits-, die Wirtschafts- und die Kulturkommission ihre Arbeit wieder aufnehmen. Sie decken thematisch die Folgen der Corona-Krise ab. Dies würde auch die Sicherheitskommission betreffen. Doch die nachträgliche Genehmi-

gung des Armee-Einsatzes soll an der nächsten ordentlichen Session thematisiert werden. Bis Ende April arbeitet das Verteidigungsdepartement eine Botschaft dazu aus. Nach intensiven Diskussionen habe man sich dagegen entschieden, eine einzige «Corona-Kommission» zu bilden, sagte Stöckli. Man wolle die Entscheidung in den Kommissionen explizit auf verschiedene Schultern verteilen. Der Bundesrat hatte eine solche «Corona-Kommission» gewünscht, um daneben weiterhin genügend Zeit für das Krisenmanagement zu haben. Das Büro kommt der Regierung entgegen und hat die Präsenz des Bundesrats in den Kommissionen auf eine Stunde beschränkt.

Je nach Verlauf der Epidemie wird auch geprüft, ob die ordentliche Junisession in der Messehallen stattfinden kann. Verglichen mit dem Bundeshaus müssen die Parlamentarier am Standort auf die Wandelhalle und den Raucherbalkon verzichten. Immerhin ist für die Verpflegung gesorgt.

IM EINSATZ GEGEN CORONA

«Was ist, wenn wir überrumpelt werden?»

Ein Spitalsoldat berichtet, wie die Armee in Baden hilft

8000 Sanitäts- und Spitalsoldaten lässt der Bundesrat derzeit im grössten Einsatz seit dem Zweiten Weltkrieg gestaffelt zum Assistenzdienst aufbieten. Die ersten rund 3000 Soldaten sind innert weniger Tage eingerückt. Einer von ihnen ist Miles Burri, Medizinstudent an der ETH Zürich im zweiten Semester. Der 20-Jährige erhielt das Aufgebot letzte Woche per SMS und trat in Luzern zum Dienst an. Er gehört zur 2. Spitalkompanie des Spitalbataillons 66 und hat eben erst die Winter-Rekrutenschule hinter sich gebracht. Noch am selben Nachmittag absolvierten er und rund 200 weitere Spital- und Sanitätssoldaten in der Kaserne Kriens einen Auffrischkurs. Zwei Tage wurden sie in Emmen praktisch unterwiesen. Danach wurde Miles Burri in die Kaserne Aarau verlegt und tut nun für mindestens drei Wochen Dienst im Kantonsspital Baden.

Für die NZZ berichtet er in unregelmässigen Abständen von seinem Einsatz an der Front gegen die Corona-Seuche.

Eine gespannte Stille

«Ich hatte gestern meinen ersten Einsatztag. Wir sind 40 Soldaten in meiner Kompanie, die sich in drei Schichten abwechseln. Ich bin der Bettenstation im 11. Stock zugeteilt. Darüber ist die Corona-Isolierstation eingerichtet. Wenn diese voll ist, soll der Stock darunter benutzt werden, dann der nächste und so weiter. Vorerst liegen aber erst wenige Infizierte dort, auch auf meinem Stock hat es nur wenige normale Patienten. Es herrscht eine gespannte, unangenehme Stille, die sich anfühlt wie die Ruhe vor dem Sturm. Wir arbeiten jeweils neun Stunden auf den Stationen, und zwar integriert in die Spitalteams und einer Pflegefachfrau unterstellt. In meiner ersten Schicht wurde ich eingearbeitet. Wir verteilen Essen, sammeln das Geschirr ein, leeren Abfallkübel, kümmern uns um Patienten, messen den Blutdruck – es sind zum jetzigen Zeitpunkt vor allem Handlungen, die das Krankenhauspersonal und die Spezialisten entlasten.

Es hat lang gedauert, bis wir bereit waren. Nach fünf Tagen Kaserne tut es gut, nun in den Einsatz zu gehen. Ich fühle mich im Spital endlich nützlich. Und ich sehe auch: Es hat doch etwas gebracht, was wir in der RS gelernt haben. Eingefahren ist mir die Zusatzausbildung, wie man Schutzmantel, Maske und Handschuhe anzieht und darin arbeitet. Wenn man in die Isolierstation geht, ist das eine andere Welt. Man kann stundenlang nicht aufs WC, hat nichts Privates dabei, nicht einmal das Handy.

Solange das Spital nicht überlastet ist, werden wir Soldaten keinen Kontakt zu Corona-Infizierten haben. Angst vor einer Ansteckung habe ich nicht direkt. Aber es ist schon etwas beängstigend zu wissen, dass oben infizierte Patienten liegen. Ich habe jedes Mal, wenn ich auf meinem Stock ein Zimmer betreten oder verlassen oder etwas angefasst habe, die Hände desinfiziert, geschätzt etwa 75 Mal in einer Schicht. Ich fühle mich der Arbeit hier gewachsen. Aber im Hinterkopf ist immer der Gedanke: Was ist, wenn wir überrumpelt werden?

Bereithalten für einen Angriff

Mir ist wohl im Spital, und ich sehe es auch als meine Pflicht als angehenden Mediziner, mich zur Verfügung zu stellen und denen zu helfen, denen es schlecht geht. Belastend ist, dass es so ungewiss ist, wie lange die Corona-Krise und der Einsatz dauern, vielleicht bis im Juni, vielleicht länger. Ich weiss nicht, wie lange ich meine Freundin und die Familie nicht sehe, und auch nicht, wie es mit dem Studium weitergeht und ob ich die Prüfungen schaffe. Die RS war befristet, aber jetzt heisst es: sich bereithalten für einen Angriff, von dem man nicht weiss, wann er kommt und wie lange er dauert. Es tut gut, dass alle zusammenarbeiten und sich gegenseitig stützen.»

Aufgezeichnet von Helmut Stalder

Schweiz stoppt Ausschaffung von Asylbewerbern

Vorerst keine Rückführungen in Dublin-Staaten mehr – erster Corona-Fall im Bundeszentrum Zürich

TOBIAS GAFAFER

Wegen der Corona-Krise ist die Bewegungsfreiheit in Europa und anderswo stark eingeschränkt. Das betrifft auch das Asylwesen. Am Mittwoch hat der Bundesrat entschieden, dass alle Schengen-Staaten ausser Liechtenstein als Risikogebiete gelten. Die Schweiz hat deshalb die Überstellungen von Asylbewerbern, die bereits in einem anderen Dublin-Staat ein Gesuch stellten, vorerst ausgesetzt. Dies bestätigt das Staatssekretariat für Migration (SEM). Freiwillige Ausreisen sind ebenfalls nicht mehr möglich. Die Schweiz nimmt zudem keine Dublin-Fälle aus anderen Ländern mehr zurück. Namentlich Deutschland überstellte 2019 noch zahlreiche Asylbewerber in die Schweiz.

Ausschaffungen in die Herkunftsstaaten hat der Bund dagegen nicht generell ausgesetzt. Sie seien aber nur eingeschränkt möglich, weil die meisten Flugverbindungen eingestellt worden seien, sagt Reto Kormann, der Sprecher des SEM. Sonderflüge für Ausschaffungen sind ebenfalls kaum durchführbar. Dem Vernehmen nach ist das Begleitpersonal nicht mehr bereit, in die Herkunftsländer zu fliegen. Zudem ist es schwierig, die nötigen Bewilligungen zu

erhalten. «Faktisch sind Ausschaffungen gegenwärtig nicht mehr möglich», sagt Marcel Suter, Präsident der Vereinigung der kantonalen Migrationsbehörden. Die Kantone wären für den Vollzug der Wegweisungen zuständig.

Ablaufende Fristen

Der Stopp von Ausschaffungen hat auch juristische Folgen. Bei rechtskräftigen Entscheiden haben die Behörden eine Frist von sechs Monaten, um abgewiesene Asylsuchende zurückzuführen. Je nach Dauer der Corona-Krise dürften deshalb zahlreiche Ausschaffungen nicht mehr möglich sein. Auch bei Asylbewerbern, die sich in Ausschaffungshaft befinden, laufen Fristen ab. Bereits mussten erste Kantone Personen aus dem Gefängnis entlassen. Die betroffenen Asylbewerber bleiben in der Schweiz und können Nothilfe beziehen. Hilfsorganisationen fordern, dass die Behörden alle Insassen von Ausschaffungsgefängnissen entlassen.

Wegen der Krise prüfen die Dublin-Staaten, ob es bei den Fristen Spielraum gibt. Auf europäischer Ebene werde erörtert, ob diese auch in der ausserordentlichen Lage angewendet werden sollten, sagt der SEM-Sprecher Kormann. Der

Gesetzgeber hatte offenkundig nicht mit einer derartigen Ausnahmesituation gerechnet. Die Corona-Krise dürfte sich auch längerfristig auf Rückführungen auswirken. Noch im Dezember hatte der SEM-Staatssekretär Mario Gattiker gesagt, die Schweiz habe eine überdurchschnittliche Vollzugsquote. Nach der Corona-Krise dürften die meisten Staaten andere Prioritäten haben, sagt Marcel Suter von den kantonalen Migrationsbehörden. «Wenn Rückführungen über längere Zeit gestoppt werden, ist es schwierig, diese wieder in Gang zu bringen.»

Unterdessen steigt die Zahl der Corona-Fälle auch im Asylbereich. Im Bundeszentrum Zürich ist die erste Person positiv getestet worden, wie der SEM-Sprecher Kormann bestätigt. Der Asylsuchende befand sich im Universitätsspital Zürich in stationärer Behandlung. Sämtliche Personen, die mit der erkrankten Person Kontakt gehabt hätten, seien identifiziert worden. Die Betroffenen befänden sich in Quarantäne.

In den Bundesasylzentren haben sich bis anhin rund ein Dutzend Asylsuchende und sieben Mitarbeitende mit dem Virus angesteckt. Das Ansteckungsrisiko ist dort grösser als anderswo, weil die Bewohner auf ver-

hältnismässig engem Raum leben. Das SEM will mehr Platz schaffen. Trotzdem gibt es dem Vernehmen nach teilweise noch zu wenig Räume, um Asylbewerber mit Fieber oder Husten einzeln zu isolieren. Das Social Distancing werde in den Bundesasylzentren so gut wie möglich eingehalten, sagte Barbara Büschi, Vizedirektorin des SEM, am Donnerstag in Bern. Eine Massnahme sei, dass die Zentren des Bundes nur zur Hälfte belegt seien. Zudem würden Asylsuchende umfassend informiert und beim Eintritt gesundheitlich untersucht.

Volatile internationale Lage

Der Schweiz kommt entgegen, dass die Asylzahlen tief sind. Im Februar gingen sie gegenüber dem Vorjahr um 13 Prozent zurück. Wegen der Einführung von Grenzkontrollen in Europa rechnet das SEM auch in den nächsten Wochen mit tiefen Asylzahlen. Die internationale Lage bleibt jedoch volatil. In der syrischen Provinz Idlib und auf griechischen Insel leben Tausende von Flüchtlingen in überfüllten Lagern. Bricht in diesen das Corona-Virus aus, droht ein humanitäres Desaster. Im Vergleich zu Schweizer Asylzentren ist die dortige Versorgungslage katastrophal.